

Wahlprüfsteine des Lesben- und Schwulenverbandes Thüringen für die Landtagswahl in Thüringen am 27. Oktober 2019

1.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das „Thüringer Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt“ nicht nur fortgeschrieben und langfristig abgesichert wird, sondern dass auch Vereine und Initiativen an seiner Fortentwicklung aktiv beteiligt werden und die Maßnahmen mit verbindlichen Umsetzungsterminen untersetzt werden?

Wir Freie Demokraten sprechen uns für die Weiterentwicklung und regelmäßige Evaluation des „Thüringer Landesprogramms für Akzeptanz und Vielfalt“ insbesondere bezüglich der Einführung verbindlicher Maßnahmen ein. Selbstverständlich müssen entsprechende Maßnahmen mit Mitteln im Landeshaushalt unterlegt sein. Die spezifischen Sichtweisen und Erfahrungen entsprechend engagierter Vereine und Verbände sehen wir dabei als Bereicherung, weshalb wir diese unbedingt einbinden möchten.

1.2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Thema „Lesbische Sicherheit“ im Jahr 2021 Schwerpunktthema im Rahmen des „Thüringer Landesprogrammes für Akzeptanz und Vielfalt“ wird und hier spezifische Veranstaltungen und Projekte gefördert werden?

Das Thema „Lesbische Sicherheit“ ist aus unserer Sicht ein geeignetes Schwerpunktthema im Rahmen des Landesprogramms. Die Zuteilung potentieller Schwerpunktthemen auf bestimmte Jahre entzieht sich jedoch unserem derzeitigen Planungshorizont. Selbstverständlich unterstützen wir die Förderung spezifischer Veranstaltungen und Projekte, um der Wichtigkeit von Schwerpunktthemen im Rahmen des Landesprogramms Rechnung zu tragen.

1.3. Welche Vorschläge haben Sie, um sicherzustellen, dass LSBTI*-Beratungs- und Unterstützungsprojekte in Thüringen eine langfristige und auskömmliche Finanzierung erhalten?

Bezüglich der Finanzierung von LSBTI*-Beratungs- und Unterstützungsprojekten sollte die Unterstützung im Regelfall in Form von festen Mitteln und weniger über Förderprogramme erfolgen, da diese oftmals zeitlich begrenzt sind und den entsprechenden Projekten somit eine langfristige Planung erschwert wird. Politische Entscheidungen zu Mittelverwendungen sind jedoch in aller Regel Bestandteil eines komplexen Haushaltserstellungsprozesses, weshalb uns eine davon losgelöste quantitative Beantwortung Ihrer Frage derzeit nicht möglich ist.

2.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Aufnahme von LSBTI*-Themen in die Rahmenlehrpläne aller Schularten sichergestellt wird und vielfaltsabbildende Unterrichtsmaterialien (bspw. Schulbücher und Arbeitsblätter) für Lehrkräfte und Erziehende im Vorschulbereich, sowie in der Grundschule und in den Sekundarstufen 1 und 2 angeboten werden?

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass in Thüringer Schulen genutzte Unterrichtsmaterialien möglichst auch die gesellschaftlichen Realitäten abbilden. Daher sehen wir es als eine Selbstverständlichkeit an, dass bspw. Schulbücher und Arbeitsblätter direkt durch Sachinformation oder indirekt durch entsprechende Fallbeispiele auch über vielfältige Lebensweisen oder Familienmodelle aufklären.

2.2. Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog*innen Eingang findet und entsprechende Seminare regelmäßig angeboten werden?

Der von Ihnen angesprochene Bildungsauftrag, dass Kinder und Jugendliche während ihrer Schullaufbahn lernen sollen, ein positives und akzeptierendes Selbstbild zu entwickeln und sich gegen Diskriminierung behaupten zu können, impliziert bereits, dass Lehrkräfte im Zuge ihrer Aus- und Fortbildung auch auf die Erfüllung dieses Anspruchs vorbereitet werden müssen. Da die Vermittlung von Werten wie Toleranz und Vielfaltswertschätzung eine fächerübergreifende Querschnittsaufgabe darstellt, wollen wir diese in den zentralen bildungswissenschaftlichen Bestandteil jeder Lehrpersonen-ausbildung integrieren.

2.3. In Österreich gab es heftige Kritik an den Aufklärungsworkshops des christlich-fundamentalistischen Vereins Teenstar. Dieser Verein ist unter dem Namen Teenstar Deutschland auch in Deutschland aktiv und war bereits an Grundschulen. Wollen Sie dafür sorgen, dass religiös-fundamentalistische Organisationen und Initiativen wie beispielsweise Teenstar Deutschland keinen Zugang zu Schulen und Bildungseinrichtungen in der Verantwortung des Landes Thüringen bekommen?

Ja. Aus Sicht der Freien Demokraten geht von den von Teenstar angebotenen Veranstaltungen eine Gefahr für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aus. Schulen sind Orte, an denen Akzeptanz und Toleranz von Persönlichkeiten und Lebensweisen im Mittelpunkt stehen sollten, weshalb in ihnen religiös-fundamentalistischen Organisationen und Initiativen keine Bühne gegeben werden darf.

3.1. Welche Maßnahmen planen Sie, um das Anzeigeverhalten von LSBTI* zu stärken, nachdem sie Opfer hass- bzw. vorurteilsmotivierter Straftaten wurden?

Dies ist ein Ziel, welches von uns Freien Demokraten zwar ausdrücklich geteilt wird, aus unserer Sicht durch rein politische Maßnahmen jedoch kaum zu erreichen ist. Vielmehr gilt es, ein gesellschaftliches Klima der Wertschätzung zu schaffen, in welcher sich die Opfer hass- oder vorurteilsmotivierter Straftaten auch selbstbewusst mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen diese wehren. Die Schaffung dieses Klimas sehen wir vordergründig als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, welcher alle Thüringerinnen und Thüringer in ihrem privaten sowie beruflichen Alltag jederzeit nachkommen sollten. Politik kann während dieses Prozesses unterstützend wirken, indem etwa entsprechend sensibilisierte Opferberatungsstellen erhalten und mit genügend Mitteln ausgestattet werden. Hierfür setzen wir uns ein.

3.2. Unterstützen Sie die Benennung von hauptamtlichen Ansprechpartnern für LSBTI* bei der Landespolizei und bei den Staatsanwaltschaften in Thüringen?

Ja. Wir wollen hierbei außerdem prüfen, inwieweit diese Personen ebenfalls als Ansprechpartner für Mitglieder anderer potentiell von hass- oder vorurteilsmotivierten Straftaten bedrohten Bevölkerungsgruppen fungieren können. Antidiskriminierung ist für uns Freie Demokraten eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe, welche keine Opfergruppen ausschließen darf.

3.3. Berlin ist derzeit das einzige Bundesland, das jährlich Zahlen zu homosexuellen- und trans*feindlicher Hasskriminalität veröffentlicht. Werden Sie in Ihrer Amtszeit dafür sorgen, dass diese Zahlen auch in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik für Thüringen extra ausgewiesen werden?

Ja. Für die Erfassung dieser Straftaten ist es jedoch notwendig, dass die Beamten auch etwa durch Fortbildungsmaßnahmen für die Erkennung dieser Fälle von Hasskriminalität sensibilisiert werden.

4.1. Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Institutionen der Familienplanung bzw. -hilfe oder des Familienalltags in Thüringen zu fördern?

Auch hierbei muss aus Sicht der Freien Demokraten eine Sensibilisierung entsprechender Akteure für die spezifischen Belange von Regenbogenfamilien im Vordergrund stehen. Außerdem setzen wir uns für eine umfassende Prüfung aller familienrechtlichen Regelungen auf Bereiche ein, in welchen Regenbogenfamilien noch immer schlechter gestellt sind als andere. Anschließend wollen wir diese Diskrepanzen beseitigen, weil für uns Freie Demokraten Familien dort entstehen, wo sich Menschen dafür entscheiden, Verantwortung füreinander zu übernehmen – unabhängig von ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Identität.

4.2. Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?

Möglichkeiten der modernen Reproduktionsmedizin sind aus unserer Sicht grundsätzlich allen Familien zugänglich zu machen, unabhängig von Geschlecht oder sexueller Identität ihrer Mitglieder. Entsprechende Rahmenbedingungen werden jedoch eher auf Ebene des Bundes als auf der des Landes gestaltet. Dies heißt für uns Freie Demokraten, dass wir uns im Falle einer Regierungsbeteiligung im Bundesrat für diese Themen einsetzen werden.

5.1. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Schicksal von lesbischen Frauen* und Mädchen* im nationalsozialistischen Unrechtsregime ein würdiges Gedenken in den thüringischen Gedenkstätten bekommt und diese Verfolgungsgeschichte in der Gedenkarbeit sichtbar wird?

Für uns Freie Demokraten haben sowohl die Erinnerung an Zeiten, in denen im Gebiet des heutigen Deutschlands Unrechtsregime herrschten, als auch das Gedenken an die Opfer dieser Regime eine zentrale Bedeutung. Dabei wollen wir selbstverständlich dem Schicksal von wegen ihrer sexuellen Identität verfolgten Frauen genauso Rechnung tragen, wie dem Schicksal von Opfern jeder anderen Art von gruppenbezogener Diskriminierung auch.

5.2. Wollen Sie sich dafür stark machen, dass im Rahmen des Gedenkjahres 2020 ein Forschungsprojekt in Thüringen initiiert wird, um die Verfolgungs- und Unterdrückungsgeschichte von Lesben* im Nationalsozialismus und in der DDR aufzuarbeiten?

Forschungsprojekte, welche zur Erreichung des in unserer Antwort auf die Frage 5.1. formulierten Ziels beitragen, werden von uns Freien Demokraten grundsätzlich unterstützt.

6.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Regenbogenkompetenz – d.h. den professionellen und diskriminierungsfreien Umgang mit Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt – von Führungskräften im thüringischen Landesdienst zu erhöhen?

Auch hierbei gilt es, bei Führungskräften und Entscheidungsträgern ein Bewusstsein für die spezifischen Belange von der LSBTI*-Community angehörenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu schaffen. Hierzu kann etwa durch eine Ausweitung des Stellenwertes dieser Themen in Fortbildungen beigetragen werden. Insgesamt ist die Etablierung einer solchen diskriminierungsfreien Arbeitswelt aus Sicht der Freien Demokraten aber ebenfalls eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für deren Erfüllung politische Maßnahmen zwar unterstützend wirken können, jedoch nicht allein ausreichen werden. Vielmehr müssen wir alle auch im Berufsleben wachsam sein, die Werte Akzeptanz und Toleranz jederzeit leben und Diskriminierung entgegenzutreten, wo auch immer wir sie antreffen.

6.2. Beabsichtigen Sie Maßnahmen zu ergreifen, um bei privatwirtschaftlichen Unternehmen und kirchlichen Trägern für die Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten zu werben und ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld zu fördern? Falls ja, welche konkreten Ideen haben Sie hierzu?

Siehe unsere Antwort auf die Frage 6.1. mit dem Unterschied, dass die Politik auf die Inhalte von Fortbildungsmaßnahmen dieser Organisationen nur einen sehr begrenzten Einfluss hat. Wir sind uns in diesem Zusammenhang jedoch der Vorbildfunktion der öffentlichen Verwaltung als Arbeitgeber bewusst. Außerdem erreichen uns Rückmeldungen aus verschiedensten Unternehmen, welche bereits erkannt haben, dass bspw. die Etablierung eines Diversity Managements äußerst positive Effekte auf das Arbeitsklima und somit auch auf den Unternehmenserfolg haben.

7.1. Werden Sie sich zukünftig dafür einsetzen, dass im Sport Antidiskriminierungsregeln, Vereinssatzungen und Stadionordnungen in der Art ergänzt werden, dass keine Person aufgrund ihrer sexuellen und / oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden darf und die Sportarten allen Menschen gleichsam offenstehen?

Wir Freie Demokraten sehen Sportvereine in einer zentralen Verantwortung, um Toleranz und Wertschätzung von Vielfalt vorzuleben und dadurch auch gesellschaftlich noch mehr zu etablieren. Umkleidekabinen dürfen unter keinen Umständen Angsträume für LSBTI* darstellen. Wir wissen, dass die Thüringer Sportvereine dieser Verantwortung in aller Regel bereits heute engagiert nachkommen. Dennoch brauchen sie mehr Unterstützung im sensiblen Umgang mit geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Inwieweit es für die Verhinderung von dennoch stattfindenden Fällen von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht oder sexueller Identität im Sport Sinn macht, entsprechende Regeln auf eine der von Ihnen genannten Weisen zu formalisieren, gilt es vorrangig durch die entsprechenden Vereine und Verbände selbst zu prüfen. Die Landespolitik hat bspw. auf Vereinssatzungen nur einen sehr begrenzten Einfluss.

7.2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Thema „Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten“ auch in Sportvereinen, Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünden sowie weiteren Sportinstitutionen in Thüringen ankommt?

Siehe unsere Antwort auf die Frage 7.1. Außerdem bieten sich hierfür gemeinsame Projekte von Sportvereinen, queeren Vereinen und Verbänden sowie anderen Akteuren der Zivilgesellschaft an. Die Landesregierung kann solche Formen der Zusammenarbeit anregen und entsprechende Projekte auch finanziell fördern. Dabei muss das gemeinsame Ziel sein, dass LSBTI* zukünftig den von ihnen bevorzugten Sportarten nachgehen können, ohne dabei Ausgrenzung oder Vorurteile befürchten zu müssen.

8.1. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften (Sicherheitspersonal, Sozialarbeiter*innen, Leitungen, Sprachmittler*innen), in den Beratungseinrichtungen, sowie bei der Polizei eigens zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTI*-Geflüchteten geschult werden?

Der Freistaat Thüringen sollte bei der inhaltlichen Ausgestaltung solcher (auf Bundesebene bereits existierender) Schulungen für die Beauftragten für besonders vulnerable Flüchtlingsgruppen die externe Kompetenz von im LSBTI*-Bereich engagierten Vereinen und Verbänden hinzuziehen.

8.2. Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür engagieren, dass in Integrations- und Sprachkursen in der Verantwortung des Landes Thüringen die Lebenswirklichkeit von LSBTI* ausdrücklich mit in die Unterrichtsmaterialien aufgenommen werden?

Siehe unsere Antwort auf die Frage 2.1. Eine Integration in unsere Gesellschaft setzt voraus, dass sich die zu integrierenden Personen zu den Grundwerten unserer freien demokratischen Gesellschaft bekennen. Zu diesen Grundwerten gehört für uns Freie Demokraten selbstverständlich auch die Toleranz gegenüber allen Geschlechtern und sexuellen Identitäten. Insofern kann eine Integration dieser Lebenswirklichkeit in die Unterrichtsmaterialien unterstützend wirken.

8.3. Wie wollen Sie dem Thema Mehrfachdiskriminierung von LSBTI*-Migrant*innen begegnen?

Mehrfachdiskriminierung treten wir Freie Demokraten genauso entschieden entgegen wie Einfachdiskriminierung. Der Abbau fremdenfeindlichen Gedankenguts einzelner Mitglieder der LSBTI*-Community entzieht sich jedoch einer politischen Einflussnahme, weshalb auch hier die bereits beschriebene gesellschaftliche Gesamtaufgabe der Etablierung eines Klimas der Toleranz und Wertschätzung von Vielfalt gefragt ist.

9.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um eine kultursensible Unterstützung, Pflege und Versorgung von älteren LSBTI* zu gewährleisten?

Damit die Pflege und Betreuung älterer LSBTI* deren Bedürfnissen besser gerecht wird, ist es unabdingbar, auch hier zunächst ebendiese Bedürfnisse als integralen Bestandteil der berufsspezifischen Aus- und Fortbildung zu etablieren. Außerdem wollen wir Freie Demokraten einen Dialog zwischen Wohlfahrtsverbänden und queeren Vereinen initiieren, um auf Basis der Expertise beider Gruppen tragfähige Lösungen zu entwickeln. Weiterhin wollen wir insbesondere solche Projekte fördern, welche den intergenerationellen Dialog innerhalb der LSBTI*-Community stärken, um die altersunabhängige Solidarität zwischen den Mitgliedern dieser Community zu erhöhen.

9.2. Wie wollen Sie sicherstellen, dass junge Menschen im Coming-Out Unterstützung erhalten?

Der Coming-Out-Prozess ist ein Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung vor allem junger Menschen von zentraler Bedeutung. Entsprechend wichtig ist es für die sich outenden Personen, je nach Bedarf jederzeit auf entsprechende Beratungsangebote zurückgreifen zu können. Hierfür erachten wir Freie Demokraten die Einrichtung von LSBTI-Jugendzentren, wie es sie bereits in einzelnen deutschen Großstädten gibt, grundsätzlich für sinnvoll. Für die Beantwortung der Frage, wo diese anzusetzen sind, wollen wir mit innerhalb der queeren Community engagierten Vereinen und Verbänden ins Gespräch kommen, um deren Expertise gezielt zu nutzen.

10.1. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fachkräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen hinzuwirken?

Diese Themen müssen weiterhin fester Bestandteil der berufsspezifischen Aus- und Fortbildung sein. Wir Freie Demokraten vertreten die Ansicht, dass Thüringer Medizinerinnen und Mediziner diese Bedürfnisse bereits heute umfassend berücksichtigen.

10.2. Wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „Kultursensibler Umgang mit LSBTI*-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen integriert wird? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Siehe unsere Antwort auf die Frage 10.1.

11.1. Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal „sexuelle Identität“ ergänzt wird?

Ja. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität über eine entsprechende Bundesratsinitiative in Artikel 3 des Grundgesetzes nach Vorbild des Artikels 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen zu verankern.

12.1. Mit welchen Parteien werden Sie in der neuen Legislaturperiode nicht zusammenarbeiten bzw. keine Koalitionsgespräche führen?

Wir Freie Demokraten schließen eine Zusammenarbeit mit den Parteien „Alternative für Deutschland“ sowie „Die Linke“ grundsätzlich aus. Bezüglich weiterer Aussagen werden wir das Ergebnis der Thüringer Landtagswahl am 27. Oktober 2019 abwarten, um anschließend auszuloten, mit welcher Partei bzw. welchen Parteien wir freidemokratische Ziele am besten umsetzen können.